

Antrag der Fraktion der CDU**Freiwilligendienste stärken – Kürzungspläne der Ampelregierung bei den Fördermitteln sofort stoppen!**

In Deutschland engagieren sich jährlich circa 100 000 Menschen in den Freiwilligendiensten. Sie leisten für ein geringes Anerkennungsgeld, dem sogenannten Taschengeld, mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sei es beim Bundesfreiwilligendienst (BFD), im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder einem Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD). Die Freiwilligendienste sind ein unterstützungsbedürftiges und zu Recht sehr beliebtes Angebot, gerade für junge Menschen, die diese ehrenamtliche Tätigkeit auch zur Berufsorientierung nutzen.

Die Freiwilligendienste arbeiten in Kindertagesstätten, im Altenheim oder in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und haben dabei engen Kontakt zu ihnen. Der Austausch und die Unterstützung anderer Menschen stehen im Mittelpunkt ihres Dienstes und tragen erheblich zur Weiterentwicklung der meist jungen Menschen bei. Gerade für die sozialen Berufe ist ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) enorm wichtig, auch um Nachwuchs zu generieren und im Rahmen dieser Art von Berufsorientierung eine erste Bindung zu schaffen. Gleichzeitig kann dabei auch die Wartezeit auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz sinnvoll überbrückt werden.

Nachdem die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag noch von Stärkung der Freiwilligendienste sowie Erhöhung der Anzahl der Freiwilligenplätze sowie des „Taschengeldes“ sprach, sollen im Bundeshaushalt 2024 sowie in der künftigen Finanzplanung bis 2027 nun die Fördermittel für die Freiwilligendienste drastisch gekürzt werden. Konkret sollen die Fördermittel im Bundesfreiwilligendienst von 207 Millionen Euro auf 154 Millionen Euro sowie in den Jugendfreiwilligendiensten von 121 Millionen Euro auf 96 Millionen Euro herabgesenkt werden. Das ist eine Kürzung um beinahe 25 Prozent. Angesichts dieser Mittelkürzung wird im Jahr 2024 jeder vierte Platz im Freiwilligendienst wegfallen, ab 2025 sogar jeder Dritte.

Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen in diesem Land, die sich ehrenamtlich engagieren und den Apparat am Laufen halten. Die CDU-Fraktion hält die geplanten Mittelkürzungen für den Bundeshaushalt für das absolut falsche Signal an alle Ehrenamtlichen und für nicht akzeptabel. Wir setzen uns daher dafür ein, dass dieser Fehler der Ampelregierung sofort rückgängig gemacht wird, denn die Träger der Freiwilligendienste können die fehlenden Finanzmittel nicht kompensieren. Damit wären soziale Einrichtungen, Seniorenheime, Kindergärten und Schulen, Sport, Kultur und Naturschutz vom Wegfall der Freiwilligendienststellen unmittelbar betroffen, gerade solche Institutionen, in denen sowieso schon Personalmangel herrscht. Nach der Coronapandemie braucht es in der Gesamtgesellschaft einen neuen inneren Halt und mehr Engagement im Ehrenamt. Eine Kürzung der Bundesförderung bei den Freiwilligendiensten wäre in diesem Zusammenhang absolut kontraproduktiv.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die geplanten Mittelkürzungen bei den Freiwilligendiensten nicht, wie von der Bundesregierung beabsichtigt, umgesetzt werden;
2. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür stark zu machen, dass die im Koalitionsvertrag zwischen den Ampelkoalitionären vereinbarte Stärkung der Freiwilligendienste unverzüglich umgesetzt wird;
3. weiter in der Bundesratsinitiative zu fordern, dass für die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung der Anzahl der Freiwilligenplätze sowie des Taschengeldes die benötigten Mittelansätze im Bundeshaushalt 2024 bereitgestellt werden;
4. bis zum Ende des Jahres 2023 im Haushalts- und Finanzausschuss über die Erfolge der Bundesratsinitiative Bremens zu berichten.

Jens Eckhoff, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU